

*Gekürzte Fassung in: Weltwoche vom 18. Jan. 2018,
Untenstehender Gesamttext auf Französisch in Domaine public, 4. und 11. Februar 2018*

Europas Sozialdemokratie—Ende oder Wende?

Wolf Linder

Liberalismus, Konservatismus, Sozialismus- das waren die dauerhaften politischen Ideen, welche die westeuropäische Demokratie im 20. Jahrhundert bestimmt haben. Ihre gesellschaftliche Bedeutung hat sich gewandelt, ebenso der Einfluss ihrer Träger, der politischen Parteien. Der Konservatismus - in der Nachkriegszeit seit 1945 zunächst von den christlichen Parteien und ihren Weltbildern geprägt - ist als nationalistische, teils populistische Kraft in vielen Ländern zu neuer Blüte gelangt. Vom Ordoliberalismus deutscher Prägung, der dem Staat eine wichtige Rolle zubilligte, spricht heute niemand mehr. Grenzenlose Märkte und weniger Staat sind die höchsten Trumpfkarten des Neoliberalismus, und seine Ideen zum Denkmuster weit über die Politik hinaus geworden. Und der Sozialismus? Kommunistische Ideen sind mit dem Zusammenbruch des autoritären Staatssozialismus marginal geworden oder verschwunden. Die Sozialdemokratie, Vertreterin der Arbeitnehmerinteressen gegenüber dem Kapital, war die treibende Kraft im Aufbau der sozialstaatlichen Demokratien Westeuropas. In den letzten zwei Jahrzehnten aber schwindet nicht nur ihre Stammwählerschaft. Weit wichtiger: Die Sozialdemokratie schien nicht imstande, neue Ideen zu entwickeln, die als gesellschaftspolitische Alternativen zur neoliberalen und nationalkonservativen Politik wirksam geworden wären.

Es mangelt nicht an Erklärungen für den Abstieg sozialdemokratischer Parteien, wie er sich etwa an den jüngsten Wahniederlagen in Deutschland, Oesterreich oder Frankreich zeigt. Die Sozialdemokratie hat zwar die Staatsangestellten und viele gut Ausgebildete hinzugewonnen, aber die schrumpfende Industriearbeiterschaft und die einfachen Arbeiter und Angestellten verloren. Das Profil der Linken verblasst: Allmählich ist der Sozialstaat zu einer Normalität geworden, den die deutsche Bundeskanzlerin Merkel genau so vertritt wie ihr Amtsvorgänger Schröder. Nun sei das Ende des sozialstaatlichen Ausbaus sei erreicht, meinen viele, und damit die Sozialdemokratie überflüssig geworden.

Wie konnte es dazu kommen?

Die erste Antwort liegt auf der Hand: Einwanderung! Die Linke hat sich in den meisten europäischen Ländern gegen eine Begrenzung der Einwanderung gestemmt, und das war matchentscheidend: in der Schweiz für die Abwendung der Arbeiterschaft von der SP seit den 1970er Jahren, für den Zerfall des französischen Parti socialiste sowie für die jüngsten Niederlagen von SPD und SPÖ. Vor allem aber dürfte die Personenfreizügigkeit – Dogma und Drohkulisse der EU zugleich – den Ausschlag gegeben haben für Brexit, den Ausstieg Grossbritanniens aus der EU. Auch dort hatten die einfachen Leute offenbar ganz andere Erfahrungen und Meinungen zur Einwanderung als die linken und liberalen Anhänger der Personenfreizügigkeit.

Von da ist es nicht weit zur zweiten Antwort: Populismus! Er sei die Ursache des neuen Konservatismus, der - in den USA wie in Europa - den Wählerschwund des sozial-liberalen Lagers ausgelöst habe. In der Tat: Die meisten national-konservativen Parteien geben sich populistisch. Sie wenden jene politische Rhetorik an, welche gegen die „falschen“ , und „unmoralischen“ Eliten protestiert. Gleichzeitig wollen Populisten aber

selbst an die Macht mit dem Anspruch, die einzigen zu sein, die den wahren Volkswillen vertreten. Diese verführerische Rhetorik wiegeln die Stimmbürgerschaft gegen die besonnenen politischen Kräfte auf und sei schuld am Ausfransen der sozial-liberalen Parteien, so die Klage.

Die Diagnose ist nicht ganz falsch. Sie übersieht aber die Tatsache, dass der Populismus mehr ist als Rhetorik. Seit den Anfängen in den USA zu Ende des 19. Jahrhunderts gibt es einen roten Faden, der seinen Erfolg ausmacht: Populismus mobilisiert die Verlierer der gesellschaftlich-wirtschaftlichen Entwicklung. Trump in den USA, Marine Le Pen in Frankreich, Orbán in Ungarn, Kaczyński in Polen, sie alle sammeln die Verlierer, die Enttäuschten, die Ohnmächtigen ein. Und es brauchte den Wahlsieg Trumps, damit die „ruling elite“ endlich zur Kenntnis nahm, dass es heute tatsächlich breite Verliererschichten gibt — in den „rust belts“, in Frankreichs banlieues und entindustrialisierten Provinzen, aber auch in den mitteleuropäischen Ländern, die überfordert sind vom Tempo des gesellschaftlichen Umbruchs. Und erst allmählich dämmert dem Establishment, dass das Vertrauen in die politischen Eliten verloren ging, weil diese Verlierer von realen, nicht nur „gefühlten“ oder „eingebildeten“ Problemen betroffen sind.

Diese Probleme, so unterschiedlich sie im einzelnen sein mögen, haben einen gemeinsamen Nenner. Es ist jene Globalisierung, welche der amerikanische Ökonom Dani Rodrik wegen ihrer Übertreibungen als „Hyperglobalisierung“ bezeichnet. Die grenzenlose Zirkulation von Kapital, Waren, Dienstleistungen und Personen hat zwar insgesamt größeren Wohlstand für viele gebracht, aber in jedem Land Verlierer in den verschiedensten Schichten hinterlassen. Die Verlagerung von Arbeitsplätzen in die Billiglohn-Länder haben eine so hohe Arbeitslosigkeit gebracht, wie sie viele europäische Länder seit der Weltwirtschaftskrise der 1930er Jahre nicht mehr erlebt hatten. Für die wenig qualifizierten Arbeitnehmer ist Globalisierung nicht Chance, sondern Bedrohung. Ihre Jobs sind unsicher, ihr Einkommen geringer geworden. Sie tragen die Nachteile der Einwanderung und fühlen sich zurückgesetzt. Der Kreis der Verlierer reicht bis in die Mittelschicht: Auch ihre Einkommen stagnieren, während die grossen Vermögen sich zunehmend in den Händen Weniger konzentrieren. Steuererleichterungen für Unternehmen und Wohlhabende, Sparen beim Sozialstaat heisst das neoliberale Programm von Portugal bis Polen.

Eigentlich wäre das alles eine Steilvorlage für die klassische Linke, die sich für den Schutz der Arbeitnehmer gegenüber entfesselten Kapitalinteressen einsetzt. Warum aber wenden sich die Verlierer der Globalisierung nicht der Linken, sondern der politischen Rechten und dem nationalen Konservatismus zu?

Hier war und ist die europäische Sozialdemokratie wohl einer fundamentalen Fehleinschätzung erlegen. Historisch dem Internationalismus und überstaatlicher Friedenssicherung verpflichtet, hat sie Globalisierung und Europäisierung unterstützt und gefördert. Toni Blair in Grossbritannien oder Gerhard Schröder in Deutschland haben die Verlierer zwar nicht im Regen stehen lassen, aber ihre Entschädigung durch eine Abfederung der sozialen Kosten der Welthandelspolitik für möglich gehalten. Übersehen haben sie dabei, dass auch die Europäisierung mehr und mehr zu einem neo-liberalen Wirtschaftsprojekt mit neo-kolonialen Attitüden gegenüber Ost- und Südeuropa wurde. Die „soziale EU“ ist eine Täuschung. Die Einwegmigration aus wirtschaftsschwachen Ländern wie Rumänien oder aus Afrika hilft weder gegen die Ungleichentwicklung noch verbessert sie die Armutslage derer, die dort bleiben.

Unterschätzt hat die Linke wohl auch den Umstand, dass die Zentralisierung Brüssels die nationalen Parlamente und Demokratien entmachtet. Europa beruht auf einer reichen politisch-kulturellen Vielfalt - die Vereinigten Staaten Europas wird es wohl kaum geben. De Gaulle hat dies mit seiner Vision eines „Europa der Vaterländer“ vermutlich besser erfasst.

Nimmt die Sozialdemokratie dies alles ernst, so wird nicht nur die Labour Party weniger Tony Blairs und mehr Jeremy Corbins brauchen. Eine schärfere Profilierung als Linkspartei reicht freilich nicht. Denn die politische Ökonomie ist eine völlig andere geworden. Der grenzenlose Kapitalismus kann nicht mehr mit den Rezepten der keynesianischen Wirtschaftspolitik der 1970er Jahre gezähmt werden.

Ob ein konsequenter Linkskurs ankommt ist ungewiss. Bemängelt wird von vielen, die Sozialdemokraten hätten die Sprache ihrer Wählerschaft verlernt. Aber es geht um viel mehr als um Sprache. Der verstorbene britische Historiker Tony Judt diagnostiziert, mit der Durchdringung der Gesellschaft durch das neoliberale Denken sei uns der Sinn der Solidarität abhanden gekommen, vor allem aber auch der Sinn für die Notwendigkeit öffentlicher Aufgaben zur Befriedigung jener Grundbedürfnisse, die der Markt nicht erbringt. Mehr als nötig verbeugt sich die Sozialdemokratie vor dem Dogma, dass der Markt für die Lösung aller Probleme besser sei. Zu oft nimmt sie hin, dass öffentliche Einrichtungen vorab den Kriterien privatwirtschaftlicher Effizienz zu genügen haben. Und auch Politiker bis tief hinein in die Linke geben sich der Illusion hin, Demokratie und gesellschaftliche Solidarität seien grenzenlos und ohne den Nationalstaat zu haben. Das Gegenteil ist wohl der Fall. In der radikalen Marktgesellschaft werden Egoismus und Strukturblindheit des Individuums vorherrschend: Die Nachhaltigkeit von Produktion und Konsum wird genau so vergessen wie die Verbindung von Rechten mit Pflichten. Die Einsicht geht verloren, dass der Staat nicht bloss Rahmenbedingungen für die Wirtschaft, sondern vorab die allgemeinen und langfristigen Interessen der Gesellschaft wahrzunehmen hat. Dass er nicht nur möglichst viele Freiheiten garantieren soll, sondern auch jenes Mass an Grenzen, das den Bürgerinnen und Bürgern ein Stück gemeinsamer Sicherheit gibt, sogar etwas Heimat verspricht.

Die Wende, die der europäischen Sozialdemokratie bevorsteht, verlangt also nicht nur die Auseinandersetzung mit der politischen Ökonomie der Globalisierung, sondern auch jene mit dem Verlust sozialer Bindungen und ortsverbundener Integration in der radikalisierten Marktgesellschaft.

Was heisst das nun für die schweizerische Sozialdemokratie? In weiten Bereichen teilt sie die oben nachgezeichneten Wege und die Abwege ihrer europäischen Schwesterparteien. Aber sie findet bei uns andere Bedingungen vor. Als Minderheit in einem mehrheitlich bürgerlichen Land hat die Linke die Agenda und Grundausrichtung nationaler Politik nie vorherrschend bestimmen können wie gestern der Freisinn und heute die SVP. Das ist auch in der Europafrage der Fall. Der soziale Ausgleich galt während Jahrzehnten als wichtigste Aufgabe der SP. Ebenso wichtig war aber, dass die Linke die konstanten Mehrheiten eines geeinten Bürgerblocks - wie in der Verkehrs-, der Energie-, der Armee- oder der Bankenpolitik - in Frage stellte oder gar durchbrach. Das war bis heute systemrelevant und unverzichtbar für die Schweiz und ihre Demokratie. Denn gerade die helvetische Konkordanz ermöglicht ewige Mehrheiten. Und diese unterliegen der grossen Versuchung pathologischer Machtausübung - der Möglichkeit nämlich, nicht lernen zu müssen.

Kann die SP ihre „alte“ Wählerschaft der unteren Einkommens- und Bildungsschichten, die sie an die SVP verloren hat, wiedergewinnen, und das noch ohne die „neuen“ zu verlieren? Linker Populismus wird's nicht richten. Aussichtsreicher scheint eine kritischere Positionierung in der Wirtschaftspolitik, welche weder die Hyperglobalisierung noch die neoliberale Politik der EU als unveränderbares Schicksal hinnimmt, sondern beide beeinflussen, ihnen aber auch widerstehen will. Darin ist die SP auf halbem Weg. Sie tut das mit einigem Erfolg etwa in der Ökologiefrage, gegen die Privatisierung öffentlicher Unternehmen, nicht aber in der Einwanderungspolitik, in der eine dritte Kraft heute fehlt.

Sozialpolitisch läuft der sozialliberale Trend in Europa in Richtung „Identitätspolitik“ für kleine und kleinste Gruppen. Das ist eine Sackgasse für die Sozialdemokratie. Etwa dann, wenn in der Genderpolitik der Zugang zu Spitzenpositionen in Unternehmen wichtiger wird als das Lohngefälle zwischen Teppichetage und Putzfrauen. Ebenso, wenn die offene Tür für Flüchtlinge nicht mit der Bekämpfung der wirtschaftlichen Ursachen der Süd-Nord-Wanderung zusammengeht, oder wenn die Stipendienpolitik übersieht, dass Jugendliche aus unteren Schichten fünfmal geringere Chancen haben, zur Matura zu gelangen. Das alles sind grosse, brachliegende Felder, über die der politische Mainstream strukturell hinweggeht. Die Augen dafür zu öffnen, das gäbe der sozialdemokratischen Politik vieles an Glaubwürdigkeit zurück.

Lässt sich die sozialdemokratische Gesellschaftsidee neu erfinden? Kann die Sozialdemokratie mit „Weniger statt mehr Globalisierung“, „Überwindung wirtschaftlicher Ungleichentwicklung statt Mobilität“ oder ähnlichen Forderungen glaubhafte Alternativen zu Liberalismus und Konservatismus versprechen? Wende statt Ende! Das wünschte ich mir als nüchterner Altsozialist und für eine etwas andere Schweiz.